Medien/Medienpolitik/Tagungen

AKTUELL **POLITIK**

Baden-württembergischer Medienminister fordert neues Medienkonzentrationsrecht

Berlin (epd). Der baden-württembergische Medienminister Wolfgang Reinhart (CDU) hat ein neues Gesetz zur Medienkonzentration gefordert. «Die derzeitigen Ausgangsprämissen tragen nicht mehr vorbehaltlos. Sie müssen deshalb überarbeitet werden», sagte der Minister am Mittwoch in Berlin.

Reinhart wünschte sich, bei der Prüfung, ob Medienunternehmen fusionieren dürfen, nicht nur wie bisher die Einschaltquote oder Auflage zu berücksichtigen, sondern künftig auch die Reichweite der Medien im Internet einzubeziehen. «Das Medienkonzentrationsrecht muss transparenter und damit voraussehbarer werden», sagte Reinhart bei einem Symposium der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten zu Überlebensstrategien für das private Fernsehen.

Der Privatsenderverband VPRT sprach sich anlässlich der Konferenz gegen weitere Einschränkungen und Verbote für Werbung aus. VPRT-Präsident Jürgen Doetz sagte, die Privatsender könnten nicht akzeptieren, «dass die Bundesrepublik auf der einen Seite Gelder in Milliardenhöhe an notleidende Wirtschaftsbereiche verteilt und auf der anderen Seite Innovations- und Wachstumschancen durch unverhältnismäßige Regulierung zunichte gemacht werden».

Doetz kritisierte insbesondere Überlegungen zu einem Verbot für Alkoholwerbung im Fernsehen in der Zeit vor 20 Uhr. Die private Medienwirtschaft brauche «keinen Rettungsschirm, wohl aber eine liberale und kongruente Medienordnung». Er erneuerte die Forderung seines Verbandes, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk werbefrei zu halten. ARD und ZDF seien nicht auf Werbung angewiesen, sagte der VPRT-Präsident.

epd dan/dir fu□111136 Mrz 09

□